

V0404/24

**Neugründung 3. staatliche Realschule;  
Sanierung und Umbau Haus D, Brückenkopf 1, 85051 Ingolstadt zur Nutzung als  
Interimsschulgebäude;  
Programmgenehmigung  
(Referenten: Herr Engert, Herr Hoffmann)**

**Antrag:**

1. Der **Sanierung** und dem **Umbau des Hauses D** (aktuell Tilly-Realschule/ Wirtschaftsschule) als **Interimsschulgebäude** für die Neugründung der **3. staatlichen Realschule**, bis zum Neubau auf dem ehemaligen Rosner-Areal, wird zugestimmt.
2. Für die Interimsnutzung der 3. staatlichen Realschule wird zur Beschulung von bis zu **16 Klassen zzgl. 2 Ersatzklassen/ ca. 2,6 Züge** ein **Gesamtraumprogramm** von rd. 3.074 m<sup>2</sup> NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem
  - 2.1 **Schulraumprogramm** mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich von rd. 2.863 m<sup>2</sup> NUF 1-6.
  - 2.2 **Ganztagsraumprogramm** mit Flächen für schulische Ganztagsbetreuung (offene Ganztagsbetreuung) von rd. 211 m<sup>2</sup> NUF 1-6.
3. Für die **Mittagsverpflegung** stehen im Haus D keine Flächen bzw. küchentechnische Ausstattung zur Verfügung. Bis zur Inbetriebnahme als Interimsschulgebäude wird ein Verpflegungskonzept (Mitnutzung externe Mensa oder Anlieferung) von der Verwaltung erarbeitet und abgestimmt.
4. Das **Sportanlagenraumprogramm für ca. 20 Sportklassen** wird durch Sportfahrten zu bestehenden Sportanlagen mit freien Belegungskapazitäten sichergestellt. Eine detaillierte Einweisungs-/ Belegungsplanung wird bis zur Inbetriebnahme von der Verwaltung erarbeitet und abgestimmt.
5. Die Planungsmittel in Höhe von 2.000.000 Euro für die Sanierung und den Umbau des Hauses D als Interimsschulstandort für die 3. staatliche Realschule werden genehmigt.  
Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 2.000.000 Euro wurden zum Haushalt 2024 auf der Haushaltsstelle 243000.940100 (Wirtschaftsschule, Hochbaumaßnahmen, Sanierung) über die Jahre 2024 und dem Finanzplanungszeitraum 2025 – 2027 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahme ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
6. Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt. Die, in der Gesamtsumme enthaltenen, erforderlichen Mittel in Höhe von 50.000 Euro stehen in 2024 auf der Haushaltsstelle 243000.940100 (Wirtschaftsschule, Hochbaumaßnahmen, Sanierung) zur Verfügung.

Ausschuss für Kultur und Bildung	09.07.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	11.07.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	16.07.2024	Vorberatung
Stadtrat	23.07.2024	Entscheidung

### **Ausschuss für Kultur und Bildung vom 09.07.2024**

Die Neugründung der Dritten staatlichen Realschule solle für 30 Klassen beziehungsweise für 5 Züge, die bereits vom Freistaat genehmigt wurden, sein, führt Herr Grandmontagne ins Thema ein. Die Realschule solle auf dem Rosner Gelände errichtet werden. Da der Erwerb des Rosner Geländes und damit entsprechend der Bau der Schule noch etwas Zeit in Anspruch nehmen würden, gehe es nun um entsprechende Interimsräumlichkeiten. Der Neubau der Realschule sei verschoben worden und der Stadtrat habe beschlossen, dass das Haus D am Brückenkopf zur Nutzung als Interimsgebäude saniert und umgebaut werden solle. Die nach der Schulentwicklungsprognose ansteigenden Realschulbedarfe könnten mit den Realschulkapazitäten, also den beiden Staatlichen Realschulen – Ickstatt und Fronhofer – bereits zum Schuljahr 2025/26 nicht mehr sichergestellt werden. Bis zum Schuljahr 2032/33 sei mit einer sukzessiv, aufbauenden Kapazitätsunterdeckung von rund 23 Klassen, das bedeute 3,8 Züge, zu rechnen. Eine Umverteilung auf private Realschulen in Ingolstadt sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Der Aufbau der Unterdeckung sei von der Entwicklung der Übertrittsquote abhängig. Nun sei der Punkt erreicht, zwingend zu handeln. Mit dem Flächenbestand im Haus D Am Brückenkopf könnten interimweise bis zu 16 Klassen, zuzüglich zwei Ersatzklassen bei der Umnutzung, beziehungsweise Doppelnutzung von Multifunktionsräumen mit einer offenen Ganztagsbetreuung, beschult werden, so Herr Grandmontagne. Das Gesamtprogramm – erstellt in Anlehnung an den Basiswert der Flächenbandbreiten der Regierung von Oberbayern – umfasse rund 3.074 Quadratmeter, wovon 2.863 Quadratmeter auf das Schulraumprogramm und 211 Quadratmeter auf die Ganztagsbetreuung entfallen würden. Das Raumprogramm, sowie die einzurichtenden Wahlpflichtfächergruppen seien eng mit der Dienststelle des Ministerialbeauftragten für die Realschulen in Oberbayern West abgestimmt worden. Es handle sich um einen Mindestbedarf, der notwendig sei. Die Kosten seien mit 10,5 Millionen Euro veranschlagt worden. Natürlich würden die bisherigen Schulräume auch weiterhin genutzt werden. Aufgrund der Programmierung seien Umbauarbeiten notwendig, weil gerade für die MINT-Fächer und für einen Kunstraum entsprechende Räumlichkeiten fehlen würden.

Stadtrat Dr. Schickel fragt, ob die veranschlagten Kosten von 10,5 Millionen Euro so investiert sei, dass eine Nachnutzung danach noch im Bereich des Möglichen liege.

Herr Hoffmann bejaht die Frage seitens Stadtrat Dr. Schickel.

Stadtrat Dr. Schickel interessiert, ob es bereits eine Idee für eine Nachnutzung gebe.

Bisher bestünden keine konkreten Pläne, die für eine Präsentation reif seien, antwortet Herr Hoffmann an seinen Vorredner. Man werde aber nichts einbauen, was nach der kurzen Interimszeit von ein paar Jahren, nicht mehr genutzt werden könne. Aufgrund der vielen Schulsanierungen sei man über jedes Klassenzimmer dankbar. Deswegen würde man in sämtliche Richtungen Überlegungen anstellen.

Stadtrat Dr. Schickel stellt die Frage, was mit den Schülern passiere, die im nächsten Schuljahr nicht in den Realschulen untergebracht werden könnten.

Dafür habe man bisher noch keine Lösung gefunden, antwortet Frau Bürkl an Stadtrat Dr. Schickel gerichtet. Die Verwaltung und die Schulen müssten ihre Kräfte bündeln, damit diese Maßnahme schnellstmöglich umgesetzt werden könne. So werde mit dem Ministerialbeauftragten noch geprüft und abgeklärt, ob man gegebenenfalls bei der zweiten Staatlichen Realschule statt dem Klassenraumprinzip, auch das Lehrerraumprinzip anwenden könne, weil damit in der Regel noch die Unterbringung einer weiteren Klasse möglich sei. Wenn die Mittelschule Süd Ost im Schuljahr 2025 bezugsfertig sei, könnte sich bei der GAMS bereits eine Entlastung ergeben, wodurch eventuell ein paar Klassen an der Ludwig-Fronhofer-Realschule angedockt werden könnten. Des Weiteren habe die Stadtverwaltung an die Diözese Eichstätt einen Brandbrief bezüglich des Ignatiushauses gesandt, um im Punkt der langfristigen Anmietung mehr Sicherheit zu haben. Momentan handle es sich um ein Mietverhältnis, das jährlich kündbar sei, womit nur eine dürftige Planung möglich sei. Die Unsicherheit bei der Unterbringung der Schüler in den Realschulen habe sich durch die Diskussion zum Trägerwechsel bei den Gnadenthal-Schulen extrem verschärft. Die Gnadenthal-Schulen hätten bisher immer gesichert vier oder sogar fünf Klassen aufgenommen. Das sei jedoch massiv eingebrochen. Dieses Jahr habe man zwei schwache Eingangsklassen in der fünften Jahrgangsstufe gehabt, was infolgedessen an den Staatlichen Realschulen eine Belastung darstelle.

In der Vorlage sei die Information enthalten, dass Schüler, die an einer staatlichen Realschule nicht zum Zuge gekommen waren, nicht an einer privaten Schule unterbracht werden könnten, stellt Stadtrat Reibenspieß fest. Er möchte wissen, ob es Zahlen gäbe, die belegen würden, dass Eltern die Entscheidung treffen, ihr Kind direkt auf einer privaten Schule anzumelden, bevor es in einer staatlichen Schule keinen Platz bekomme. Des Weiteren bestehe die Alternative, in der Mittelschule auch den mittleren Bildungsabschluss zu erreichen.

Man könne die Eltern nicht zwingen, ihre Kinder an einer privaten Schule anzumelden, erklärt Frau Bürkl. Wenn sie an einer staatlichen Schule angemeldet seien, könne daran nichts geändert werden und man müsse dort eine Lösung finden. Die Entscheidung, ob jemand an der Mittelschule den M-Zug wähle oder nicht, liege im Bereich der Eltern, die man nicht beeinflussen könne. Schließlich hänge es mitunter auch von den Übertrittsnoten ab. Wenn jemand die Noten für die Realschule habe, dann werde oftmals auch dieser Weg gewählt.

Frau Bürkl habe betont, wie dringend das Thema entschieden und dann umgesetzt werden müsse, stellt Stadtrat Köhler fest. In der Vorlage sei eine Planungszeit von 1,5 Jahren veranschlagt. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gäbe, die Planungszeit zu verkürzen. Schließlich stehe das Gebäude bereits vor Ort.

Eine Sanierung gestalte sich komplizierter als ein Neubau, weil beim Öffnen von Wänden andere Dinge dahinter sein können, als im Bauplan ursprünglich eingezeichnet worden seien, so Herr Hoffmann auf Stadtrat Köhlers Frage hin. Man werde das Gebäude so schnell wie möglich sanieren. Die Kapazitäten im Hochbauamt habe man eingeplant.

Stadträtin Leininger interessiert, wie der aktuelle Stand bei den Gnadenthal-Schulen sei. Sie möchte wissen, ob es eine Willenserklärung der Diözese oder eine Zusicherung gebe, damit die Anmietung für längere Zeit gesichert sei.

Leider wisse die Stadt Ingolstadt nicht mehr, als das, was in der Zeitung publiziert worden sei, antwortet Frau Bürkl. So habe sich die Diözese Eichstätt entschlossen, die Trägerschaft für die private und kirchliche Schule in Ingolstadt und in Eichstätt, weiterzuführen. Wie dem Bericht weiter zu entnehmen war, werde die Diözese bis zum Jahr 2025 beziehungsweise 2026 ein Konzept entwickeln, wie sie diese Schulen aufstellen wolle.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, mit der Diözese ins Gespräch zu gehen, um etwas mehr Klarheit und Planungssicherheit zu haben.

Für die Interimssituation müsse sehr viel Geld bereitgestellt werden, gibt Stadtrat Dr. Schuhmann zu bedenken. Er möchte wissen, was nach der Auslagerung mit dem Haus D passiere und ob es bereits Pläne für eine sinnvolle Weiternutzung gäbe.

Es gebe zwar noch keine konkreten, aber reichlich Ideen, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Es würden keine zehn Millionen Euro aufgewandt werden, damit das eine Gebäude extra gebaut und das andere leer stehe.

Stadtrat Dr. Schuhmann fragt, was auf dem Rosner Gelände genau festgesetzt sei. Seinem Wissensstand nach seien eine Mittelschule, eine Realschule und ein Sportbetrieb geplant. Stadtrat Over hatte bereits das Problem mit dem Verein FC Grün-Weiß Ingolstadt e. V. angesprochen. Dazu möchte Stadtrat Dr. Schuhmann wissen, ob es diesbezüglich bereits einen gewissen Abschluss gebe. Denn der Verein habe seine Bedingungen, dass nicht nur der Sportplatz als solcher, sondern auch eine Art Vereinsheimmöglichkeit geschaffen werden solle, nach wie vor aufrechterhalten.

Man befinde sich nach wie vor in Gesprächen mit dem Verein FC Grün-Weiß, teilt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ihrem Vorredner mit. Ziel sei es, die Sportanlagen und eine kleine Aufenthaltsmöglichkeit auf dem Schulgelände zu verwirklichen. Eine Vereinsgaststätte sei seitens der Stadtverwaltung als Sportförderung schwer darstellbar.

Stadtrat Dr. Schuhmann versichert sich, dass auf dem Gelände eine Realschule, eine Mittelschule und eine ausreichende Sportmöglichkeit gesichert seien.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bejaht die Frage von Stadtrat Dr. Schuhmann. Der konkrete Plan werde allerdings noch entwickelt. Ihr Ziel sei es vor allen Dingen den FC Grün-Weiß auf dem bisherigen Gelände so lange sportlich aktiv sein zu lassen, bis die anderen Sportflächen zur Verfügung stehen würden.

Herr Hoffmann meint an Stadtrat Dr. Schuhmann gerichtet, dass man einen groben Testentwurf mit zwei verschiedenen Varianten erstellt und überprüft habe. Dieser habe ergeben, dass die Flächen der beiden Schulen wie geplant untergebracht werden könnten. Allerdings müssten unter anderem die Sportflächen – soweit dies möglich und vorgabenkonform sei – gemeinsam genutzt werden. Auch die Mensa werde wohl gemeinsam genutzt werden müssen, weil man aus Kostengründen nicht für jede Schule eine eigene Mensa bauen könne.

Die Sportsituation an dieser Schule stelle sich für die Schülerinnen und Schüler als extrem unbefriedigend dar, kritisiert Stadtrat Dr. Schickel. Nach Gerolfing, Etting oder Oberhaunstadt transportiert zu werden, um dort Sportunterricht abzuhalten, sei äußerst aufwendig und für die Schulen kaum zu leisten. Nur Spazierengehen sei der sportlichen Gesundheit absolut nicht zuträglich.

In der Tat sei dies ein Problem, weswegen schnell mit den Schulsportflächen nachgezogen werden müsse, stimmt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ihrem Vorredner zu. Das gleiche Problem gebe es im Südosten Ingolstadts. Die Thematik sei aber bekannt und man arbeite bereits daran.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.